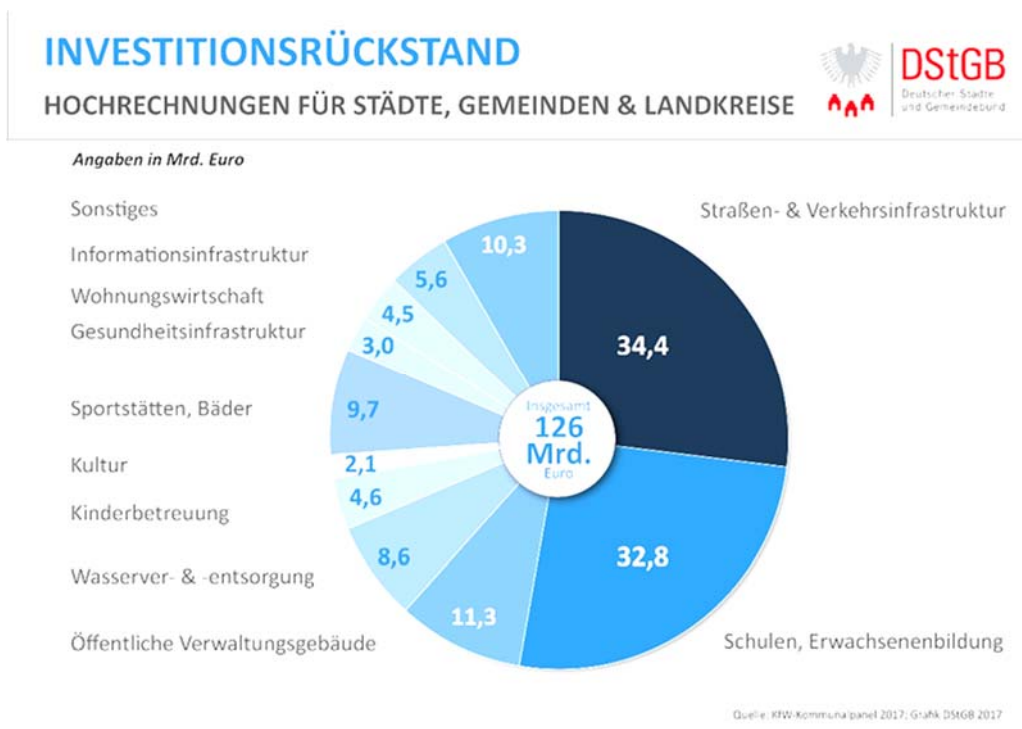


## KfW-Kommunalpanel 2017 – 126 Mrd. Euro Investitionsrückstand

Mit 126 Mrd. Euro ist der kommunale Investitionsrückstand im Vergleich zum Vorjahr zwar leicht rückläufig, aber weiter äußerst besorgniserregend. Maßgeblich geht der Investitionsstau dabei auf die Bereiche Straßen und Verkehrsinfrastruktur (34 Mrd. Euro) sowie Schulen und Erwachsenenbildung (33 Mrd. Euro) zurück. Massiv steigende Investitionsbedarfe sind in der kommunalen Wohnungswirtschaft und dem öffentlichen Personennahverkehr auszumachen. Der Abbau des Investitionsrückstandes bleibt ein langer steiniger Weg, der eine aufgabengerechtere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden und investive Sonderzuweisungen des Landes und des Bundes bedarf. Insbesondere die Länder müssen endlich ihrer Finanzierungsverantwortung für die Kommunen gerecht werden.

Am 9. Mai 2017 wurde das im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erstellte KfW-Kommunalpanel 2017 veröffentlicht. Das KfW-Kommunalpanel 2017 zeigt einen leichten Rückgang des wahrgenommenen kommunalen Investitionsrückstandes auf nun 126 Mrd. Euro (Hochrechnung für alle Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern in Deutschland). Zwar nahm in vielen Kommunen der wahrgenommene Rückstand ab, doch gilt dies keineswegs für alle Städte, Gemeinden und Landkreise. Während immerhin 35 Prozent der befragten Kommunen für die nächsten fünf Jahre einen sinkenden Investitionsrückstand erwarten, gehen wiederum 20 Prozent von einer Zunahme aus. Von einer Trendumkehr zu sprechen, wäre also viel zu früh. Dies gilt insbesondere für Straßen und die Verkehrsinfrastruktur, während 29 Prozent der Kommunen hier einen Abbau des Rückstandes erwarten, gehen 35 Prozent sogar von einem Anstieg aus.

Mehr als die Hälfte der Investitionsbedarfe gehen auf die Bereiche Straßen und Verkehrsinfrastruktur (34,4 Mrd. Euro) sowie Schulen und Erwachsenenbildung (32,8 Mrd. Euro) zurück. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der wahrgenommene Rückstand hier zwar um mehr als zwei Mrd. Euro ab, doch ist dies angesichts des immensen Investitionsstaus in diesen Bereichen nur ein kleiner Fortschritt. Halbiert hat sich der wahrgenommene Investitionsrückstand im Kulturbereich auf nun 2,1 Mrd. Euro. Auch bei der Wasserver- und -entsorgung sowie der Abfallwirtschaft konnte das KfW-Kommunalpanel 2017 einen Rückgang um fast vier Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr konstatieren. Gemein haben diese Bereiche, dass der Anteil am Gesamtrückstand insgesamt gesehen gering ist und etliche Kommunen zudem gar nicht über die entsprechenden Infrastruktureinrichtungen verfügen oder diese an andere Träger ausgelagert haben. Der Rückgang ist hier also mit äußerster Vorsicht zu betrachten. Ein Anstieg des Investitionsrückstandes ist insbesondere in den Bereichen festzustellen, die erst in den letzten Jahren im Zuge der voranschreitenden Urbanisierung und dem Flüchtlingszuzug an Bedeutung, auch in der öffentlichen Wahrnehmung, gewonnen haben. So ist der Investitionsrückstand in den Bereichen öffentlicher Personennahverkehr, Wohnungswirtschaft, Energieversorgung und Gesundheitsinfrastruktur um mehr als 60 Prozent auf über neun Mrd. Euro angewachsen. Mit Blick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels, der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude oder dem Ausbau des ÖPNV werden die zukünftigen Investitionsbedarfe der Kommunen hier weiter äußerst dynamisch steigen.



In diesem Jahr planen die befragten Kommunen hochgerechnet mit Investitionen in ihre Infrastruktur in Höhe von insgesamt 31,7 Mrd. Euro. Davon werden unter anderem 26 Prozent für Straßen und die Verkehrsinfrastruktur, 20 Prozent für Schulen und die Erwachsenenbildung und je sieben Prozent für Kinderbetreuungseinrichtungen und öffentliche Verwaltungsgebäude veranschlagt.

Niedrigzinsumfeld und gegenüber dem Vorjahr stark steigende Ausgaben für Investitionen haben nicht zu einem überproportionalen Kreditwachstum geführt. Von 2014 bis 2016 hat sich der Anteil der allgemeinen Deckungsmittel marginal von 34 auf 32 Prozent verringert, während der Kommunalkreditanteil von 20 auf 25 Prozent gestiegen ist. Hingewiesen sei darauf, dass kleinere Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern gut die Hälfte ihrer Investitionen aus allgemeinen Deckungsmitteln finanzieren. In Bezug auf die künftige Investitionsfinanzierung erwarten die Kommunen einen höheren Kreditanteil bei einem Rückgang allgemeiner Deckungsmittel. Grundsätzlich sind die Rahmenbedingungen für die Kreditaufnahme derzeit weiter gut, wobei bessere Konditionen kaum noch mehr erwartet werden, was angesichts des seit Jahren niedrigen Zinsniveaus aber auch nicht verwunderlich ist.

Sonderthema des diesjährigen Kommunalpanels war das kommunale Finanzierungsmanagement. Gut Dreiviertel des gesamten kommunalen Kreditvolumens wird durch öffentliche Kreditinstitute abgedeckt. Es zeigt sich dabei, dass große Städte vorrangig mit Landesbanken, Banken mit Sonderaufgaben (i.d.R. Förderbanken) sowie Großbanken zusammenarbeiten und Landkreise ausgeprägte Finanzierungsbeziehungen zu den Realkreditinstituten (also öffentlichen und privaten Hypothekenbanken), den Groß- und Landesbanken pflegen. Kleinere Gemeinden zeichnen sich naturgemäß durch ein enges Band zu den örtlichen Sparkassen aus, gefolgt von den Volksbanken / Kreditgenossenschaften und den Landesbanken. Bei der Auswahl der Kreditgeber sind nach wie vor die Flexibilität der angebotenen Konditionen (Zinssatz, Laufzeit, Zinsbindung) wichtigstes Kriterium (83 %), gefolgt von langjährigen Geschäftsbeziehungen und guten Erfahrungen (77 %) und kurzen und flexiblen Bearbeitungszeiten (74 %). In Bezug auf die Entwicklung der Kreditangebote in den letzten fünf Jahren sehen 60 Prozent der befragten Städte, Gemeinden und Landkreise keine Veränderungen. Allerdings haben im gleichen Zeitraum 36 Prozent eine Kreditangebotsverknappung registriert, insbesondere Großstädte sind hier betroffen (52 %). Beim Finanzierungsmanagement kommt nach der Befragung vor allem der Optimierung von Laufzeiten und Zinsbindung eine hohe Bedeutung zu, bei der langfristigen Liquiditäts- und Finanzplanung wird noch Verbesserungspotenzial gesehen.

Neben der Investitionsproblematik und dem kommunalen Finanzierungsmanagement geht das KfW-Kommunalpanel 2017 einleitend auch näher auf die finanzielle Gesamtlage (Haushaltsausgleich, Verschuldung, Kassenkredite etc.) ein.

Das KfW-Kommunalpanel 2017 sowie weitere Informationen können über [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de) (Rubrik: Schwerpunkte / Kommunalfinanzen) abgerufen werden.

(Quelle: DStGB Aktuell 1917)

Az: 901-03

Mitt. StGB Bbg. 05/2017